

Protokoll der 6. Sitzung

**Mittwoch, 3. April 2019, 19.30 - 21.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Silvan Kaufmann, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Markus Notter (Traktandum 2)

Ueli Frey (ab Traktandum 3)

Doris Kleiber

Präsenz

Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend (absolutes Mehr: 18).

Entschuldigt sind Robert Arthofer, Seylan Elbas, Jürg Kaufmann, Jürg Lochinger und Jasmin Marron.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Denise Zeller Xenaki und Patrik Feusi anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Doris Michel und Maja Frey
2. Wahl Stimmzähler/in für den Rest der laufenden Amtsdauer 2018/2019 anstelle der zurückgetretenen Maja Frey
3. Einbürgerungen

4. Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Tagesstrukturen. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren
5. Motion von Beat Spiess, FDP, betreffend Erlangung des Labels Energiestadt. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren
6. Motion von Thomas Meier, SP, betreffend Gemeindeordnung und Geschäftsreglement (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
7. Eingänge
8. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Inpflichtnahme von Denise Zeller Xenaki und Patrik Feusi anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Doris Michel und Maja Frey

Denise Zeller Xenaki und Patrick Feusi werden anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Doris Michel und Maja Frey vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Wahl Stimmzähler/in für den Rest der laufenden Amtsdauer 2018/2019 anstelle der zurückgetretenen Maja Frey**Wahlvorschlag**

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Die EVP Buchs schlägt Ueli Frey als Nachfolger von Maja Frey vor.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	34	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	32	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Ueli Frey	32
Vereinzelte	0

Gewählt ist mit 32 Stimmen Ueli Frey.

Wahlannahmeerklärung

Herr Ueli Frey erklärt mündlich die Annahme der Wahl.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Tagesstrukturen. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 26. Februar 2019)

Herr Thomas Meier, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Ich beginne mit dem Antrag: Für die "Neuorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung" in Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau und der Kreisschule Aarau-Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 73'600.-- zu bewilligen. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben. Damit wissen wir, worum es geht. Es geht um die Sprechung von Fr. 73'600.--. Zum Hintergrund: Als die Satzungen der Kreisschule Aarau-Buchs ausgearbeitet wurden, war in Sachen familien- und schulergänzende Kinderbetreuung im Kanton Aargau einiges in Bewegung. Man wusste damals nicht, wie es künftig mit der Kompetenzaufteilung aussehen wird, weil eine Volksinitiative hängig war und dann noch ein Gegenvorschlag eingetroffen war. Deshalb klammerte man damals die Frage bei der Erarbeitung der Satzungen aus und hat im § 2 Abs. 3 vorgesehen, dass die Tagesstrukturen der Kreisschule übertragen werden können. Nun sind in Aarau und Buchs in einem ähnlichen Zeitraum ähnliche Postulate eingereicht worden, die genau dies zum Ziel haben. Das Postulat von Marius wurde am 11. Dezember 2018 überwiesen. Der Einwohnerrat Aarau wird am 13. Mai 2019 über die Vorlage entscheiden. Im Projekt sind zwei Phasen vorgesehen. Die Ausarbeitungsphase würde in der aktuellen Legislatur beginnen und enden. Man möchte grundsätzlich prüfen, die Betreuungsstrukturen der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) zu übertragen. Dazu soll zuerst eine ganzheitliche Ermittlung der Bedürfnisse vorgenommen werden. Gestützt auf die Bedürfnisse würde gemeinsam ein Zielbild ausgearbeitet. In einem nächsten Schritt soll geprüft werden, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Es braucht organisatorische Massnahmen und Abklärungen. Will man diesen Schritt tun, bräuchte es am Ende einen Gemeindevertrag, der vorsieht, dass man diese Strukturen der KSAB überträgt. Solch ein Gemeindevertrag würde wiederum dem Einwohnerrat Aarau und Buchs vorgelegt werden. Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Ausarbeitungsphase als ergebnisoffen gestaltet ist. Man hat keine fixe Idee, die man verfolgen will, dies betrifft insbesondere auch die Tagesschulen. Diese sind besonders in Aarau ein Thema. Eine Tagesschule ist eine Option, falls dieses Bedürfnis besteht, aber es ist nicht Ziel dieser Vorlage, die Einführung der Tagesschulen zu prüfen. Dies kann je nach Ergebnisermittlung auch ein Aspekt sein. Falls man den Weg weitergeht und der Übertragung der Tagesstrukturen auf die KSAB zustimmt, würde dann in der kommenden Legislatur die Umsetzungsphase beginnen. Man würde die Vorbereitungsmaßnahmen treffen und irgendwann mal in der nächsten Legislatur den Betrieb durch die KSAB wahrnehmen. Das Gesamtprojekt kostet Fr. 250'000.--. Der Kostenschlüssel ist so, wie es in den Satzungen der Kreisschule vorgesehen ist. Der Durchschnitt der Schülerzahlen und Einwohnerzahlen. Gemäss diesem Schlüssel müsste die Gemeinde Buchs 29.45 % der Kosten übernehmen, entspricht Fr. 73'600.--. Ich habe die drei grössten Positionen ermittelt:

- Fr. 120'000.-- für die interne Projektbegleitung: Man hat sich bewusst dafür entschieden. Einerseits, weil dies günstiger ist, als wenn man für viel Geld einen Externen anstellen muss. Andererseits kann das Wissen in diesem Bereich in der Verwaltung behalten werden.
- Fr. 60'000.-- für die Durchführung von Veranstaltungen zur Bedürfnisermittlung, zu Beratung und spezifischen Fragen.
- Fr. 50'000.-- für die Projektbegleitung durch die KSAB. Es ist gewünscht, dass die KSAB dieses Projekt begleitet, weil sie, wenn man den Weg wirklich zu Ende gehen würde, tatsächlich die Betreuung übernehmen würde. Die KSAB ist noch im Aufbau und ausserdem steht die Einführung des Lehrplans 21 an. Deshalb hat die KSAB schon sehr viele Ressourcen gebunden und bräuchte für eine Projektbegleitung dann auch noch Mittel, die in der heutigen Vorlagen enthalten sind.

Wir haben uns Gedanken gemacht darüber, weshalb es überhaupt schulergänzende Kinderbetreuung braucht und wieso man diese der KSAB übertragen soll. Wir kamen auf folgende Pro-Argumente:

- Tagesstrukturen sind ein Standortvorteil für Familien. In Buchs werden aktuell 111 Kinder aus 93 Familien durch den Hort/Mittagstisch des Kindernetzwerks Buchs betreut. Diese Familien benötigen ein Angebot. Es besteht also ganz offensichtlich ein Bedürfnis.
- Ermöglicht man den Frauen, weiterhin am Erwerbsleben teilzunehmen und ihr Wissen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, wird der Fachkräftemangel gelindert.
- Auch wenn man allen, die bereits in der Schweiz sind, ermöglicht, trotz Kinder am Erwerbsleben teilzunehmen, reduziert dies auch den Zuwanderungsdruck.
- Gehen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nach, generiert dies mehr Steuereinnahmen.
- Schlussendlich erhoffen wir uns durch eine Übertragung der bereits bestehenden Strukturen (es gibt schon in Aarau und Buchs Vereine und Stiftungen, die solche Angebote haben) an die KSAB, dass wenn alles aus einer Hand kommt, das Angebot qualitativ besser wird in Bezug darauf, dass es weniger Schnittstellen geben würde. Die Schule ist näher an den Bedürfnissen der Schüler/innen (Verbesserung der Koordination der Fremdbetreuung mit der Schule).
- Zudem ergäbe sich dadurch allenfalls auch einmal die Möglichkeit, dass diese Angebote auch räumlich näher bei der Schule angeboten würden. Dies wäre ein zusätzlicher Gewinn.

Als Gegenargumente wurde genannt:

- Die Kinderbetreuung sei eine Privataufgabe. Dem möchte ich entgegenhalten, dass gemäss dem Kinderbetreuungsgesetz, welchem die Mehrheit der Aargauischen Stimmbevölkerung im 2016 zugestimmt hat, die schulergänzende Kinderbetreuung eine Gemeindeaufgabe ist. Es ist somit nicht nur Privatsache.
- Es wurden Zweifel geäussert an der Qualität der Fremdbetreuung.

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 2 Stimmen, für die "Neuorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung" in Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau und der Kreisschule Aarau-Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 73'600.-- zu bewilligen.

Diskussion

Frau Sandra Meier: Im Namen eines Grossteils der SVP-Fraktion empfehlen wir euch, das Postulat von Marius Fedeli nicht anzunehmen, sondern abzulehnen. Unserer Meinung nach ist die Erziehung nicht Aufgabe des Staats und die wollen wir nicht fördern, sondern die Erziehung der Kinder durch die Eltern ist wichtig. Diese wollen wir fördern.

Herr Thomas Meier: Was ist dies für ein Staatsverständnis, wenn man demokratische Entscheide nicht respektiert. Immerhin hat eine Mehrheit der Aarg. Stimmbevölkerung dem Gesetz zugestimmt und damit ist dies eine Gemeindeaufgabe.

Herr Joel Blunier: Wir von der EVP äussern uns nicht materiell zu diesem Thema. Denn das heutige Thema ist es nicht, ob dies nun Aufgabe oder keine Aufgabe des Staates ist. Es geht darum, ob wir eine Prüfung durchführen wollen und ob diese Tagesstrukturen in die KSAB integriert werden könnten. Wir waren sehr hin- und hergerissen, ob wir dem heutigen Antrag zustimmen oder einen Rückweisungsantrag stellen wollen. Wieso? Der Kredit, ¼ Million Franken erscheint uns sehr hoch für ein Projekt. Natürlich, wir müssen einen kleineren Teil davon zahlen. Trotzdem ist es viel Geld für Projektleitungen, Sitzungen etc. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die KSAB sehr viel zu tun hat mit der ganzen Aufsetzung der neuen Schule. Es laufen noch nicht alle Abläufe so, wie sie laufen sollten. Und es gibt noch viel zu tun. Ich habe das Gefühl, die Schule hätte momentan eigentlich genug andere Projekte als sich nun dieses Projekt auch noch aufzuladen. Auf der anderen Seite finden wir es wichtig, dass man eine gute Evaluation durchführt, wie und in welcher Art und Weise die Tagesstrukturen in die Schule übertragen werden könnten. An unserer jetzigen KSAB sind mehrere Gemeinden beteiligt. Deshalb ist die Angelegenheit wohl

auch nicht so einfach. Wir können nicht beispielsweise von Baden, wo die Schulorganisation deckungsgleich ist wie die Gemeindeorganisation, die "Vorlage" übernehmen. Bei uns ist es komplizierter. Wir müssen einen Gemeindevertrag ausarbeiten. Das Ganze zu evaluieren kostete nun mal mehr Geld über zwei Gemeinden hinweg. Es gibt also auch eine gewisse Berechtigung für die hohen Kosten und eine saubere Abklärung hat seinen Preis. Letztendlich geht es um einen Verpflichtungskredit über 2 ½ Jahre. Ein Verpflichtungskredit ist nicht automatisch auch eine Verpflichtung, diese Ausgaben zu tätigen. Mein Appell ist, dass man selbstbeschränkend tätig ist und wirklich auf die Kosten achtet um die Kosten entsprechend tief zu halten.

Frau Christine Knüsel: Die CVP unterstützt den Antrag. Mit diesem Projekt werden wichtige Meilensteine gesetzt und starke Signale in Richtung einer attraktiven, innovativen und zukunftsorientierten Schule und unserer Gemeinde gesendet. Und diese können wir wirklich gebrauchen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Für die "Neuorganisation der schulergänzenden Kinderbetreuung" in Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau und der Kreisschule Aarau-Buchs sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 73'600.-- zu bewilligen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Dem Antrag wird mit 26 : 9 Stimmen zugestimmt.

Motion von Beat Spiess, FDP, betreffend Erlangung des Labels Energiestadt. Bericht des Gemeinderats und Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 22. Januar 2019)

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Was ist eine Energiestadt? Eine Energiestadt ist eine Gemeinde oder eine Stadt, die sich für eine effiziente Nutzung von Energie einsetzt. Sie setzt sich ein für Klimaschutz, erneuerbare Energie und umweltverträgliche Mobilität. Wie wird überhaupt eine Gemeinde zu einer Energiestadt? Es gibt einen Massnahmenkatalog, welchen die Label-Gründer zusammengestellt haben. In diesem Massnahmenkatalog gibt es 56 Beurteilungspunkte, eingebunden in sechs Handlungsfelder. Ich möchte euch dazu gerne anhand von Ennetbaden ein Beispiel geben: Aus dem Handlungsfeld "Kommunale Gebäude und Anlagen" hat diese Gemeinde umgesetzt, dass die Strassenbeleuchtung von Sonntag- bis Donnerstagnacht von 1 bis 5 Uhr in der Früh abgeschaltet wird. Das spart nicht nur Energie und Geld, sondern es ist auch für die Umwelt etwas getan. Wer hat bereits das Label Energiestadt? Dies sind in der Schweiz 437 Gemeinden von rund 2'200 Gemeinden, also rund 20 %. Somit leben 60 % der Bevölkerung der Schweiz in einer Energiestadt. Wer hat das Label bereits in unserer Region? Erlinsbach, Küttigen, Wölflinswil, Lenzburg, Seon, Unterkulm. Aarau besitzt bereits das Gold-Label. D. h. sie haben 75 % der Massnahmen umgesetzt. Leider ist die Zertifizierung nicht gratis. Die erste Zertifizierung kostet Fr. 4'838.75. Dazu kommen jährliche Ausgaben von Fr. 2'600.-- (Mitgliedschaft Trägerverein) und alle vier Jahre Fr. 5'000.-- bis Fr. 7'000.-- für das Re-Audit zur Qualitätskontrolle. Weitere Kosten fallen an für Fachpersonen und den zuständigen Ressortverantwortlichen. Das Thema wurde im Einwohnerrat vor Jahren auch schon mal diskutiert. Weshalb sprechen wir nun gerade jetzt wieder davon? Die Schulhäuser sind nun wieder im Besitz unserer Gemeinde. Die Gesamtrevision der BNO steht an. Man möchte keine Einzelaktionen, sondern mehrjährige Massnahmenpläne erstellen. Es könnte ein Imagegewinn geben und mittel- bis langfristig können allenfalls Kosteneinsparungen gemacht werden.

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), dem Trägerverein Energiestadt sei beizutreten und der Prozess zur Erlangung des Labels Energiestadt sei zu lancieren. Dafür sei ein Kredit von Fr. 20'000.-- abzüglich Beiträge von Kanton und Bund zu bewilligen. Die Motion von Beat Spiess betreffend "Erlangung des Labels Energiestadt" sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Diskussion

Herr Dieter Stüssi: Es kommen rund 2 bis 2 ½ Millionen Franken der Gemeinden zusammen, die Mitgliedschaftsbeiträge zahlen. Haben wir einen gewissen Einfluss auf die Trägerschaft? Können wir mitbestimmen, wer dort mitmacht oder sind dies selbsternannte grüne Fachleute oder rote oder braune? Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Berater einem helfen Probleme zu lösen, die man ohne sie nicht hätte. Wie sind die Strukturen dieser Organisation?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Über den Verein, der diese Zertifizierungen durchführt, wissen wir eigentlich sehr viel. Es ist ein alt bewährter Verein, der seit 1992 solche Zertifizierungen macht. Es sind Leute dabei, die sich im Umweltbereich sehr gut auskennen und Gemeindebehörden unterstützen. Gegenüber den anderen Gemeinden haben wir keinen weiteren Einfluss. Die Berater geben ihr Knowhow, welches sie durch die Unterstützung von anderen Gemeinden erhalten haben, an uns weiter. Sie beraten uns lediglich.

Herr Markus Notter: Ich möchte auch noch ein Statement zur "Labelitis" abgeben. In meinem tagtäglichen beruflichen Alltag habe ich mit Labels zu tun. Sie schießen aus dem Boden wie Pilze. Ich bin absolut einverstanden, dass dies ein gutes Projekt ist. Die Frage ist nur, müssen wir uns mit diesem Kränzlein schmücken, dem Label beitreten und dafür bezahlen, weil es alle anderen auch tun? Oder gibt es nicht die Möglichkeit, sich Beratung zu holen, jedoch auf das Label zu verzichten und trotzdem nach Energiekriterien zu leben? Solche Reaudits bringen ein Pseudoetikett, welches wir nur brauchen, weil es alle anderen Gemeinden auch haben. Es ist ein Business. Die Idee finde ich gut, auf das Label an und für sich könnte man aus meiner Sicht verzichten.

Herr Beat Spiess: Die Bedenken von Markus verstehe ich. Mir selber geht es weniger um das Label, sondern mehr um das Knowhow, dass bei diesen Beratern des Trägervereins vorhanden ist. Sie sammeln nun seit Jahrzehnten Erfahrungen und können diese abrufen. Wir sind keine Stadt, wir haben keine besondere Fachstelle für Energieberatungen. Deshalb finde ich es umso wichtiger, dass wir externe Fachleute beiziehen können. Der Hauptgrund für mich ist jedoch, dass wir für die Schulliegenschaften verantwortlich sind. Das Schulhaus Risiacher muss ersetzt werden. Es sind auch bei anderen Schulbauten Massnahmen nötig. Somit wäre es doch nun eine gute Gelegenheit, wenn wir uns in Bezug auf die Energie beraten lassen würden. Natürlich gibt es auch andere Aspekte in der Gemeinde, die es zu prüfen geben würde. Prioritäten kann man setzen, indem man etwas rausplückt, was gerade im Trend ist oder so. Ich finde jedoch, man sollte die Fachleute entscheiden lassen um Massnahmen aufzulisten und die nötigen Prioritäten zu setzen und dann danach vorzugehen. Die Grenze ist nicht unrealistisch hoch mit der Erreichung von 50 % der Massnahmen. Nach vier Jahren gäbe es eine erste Beurteilung der Massnahmen. Danach muss man aufgrund der möglichen weiteren Massnahmen, die aufgelistet sind, entscheiden, ob es Sinn macht, dort weiterzugehen. Haushaltgeräte zu subventionieren macht z. B. aus meiner Sicht keinen Sinn, wie dies beispielsweise Aarau tut. Da könnte man durchaus auch einen Stopp einlegen. Gemäss Finanzplan werden wir künftig viel Geld ausgeben für Bauten und es macht Sinn, dass dies nicht nur ökonomisch gut angelegtes Geld ist, sondern auch ökologisch sinnvoll eingesetzt wird. Im Sinne des Klimaschutzes denke ich daran, dass unsere Schüler am Freitag in die Schule gehen sollten und nicht zum Streik.

Herr Patrik Feusi (erläutert seine Aussagen mit einem Flyer): Die EVP-Fraktion unterstützt diese Motion. Ich stelle die Frage in den Raum, ob wir als Buchs nicht das Energiestadt-Goldlabel anstreben sollten? Dies aus folgenden Gründen: Das revidierte Energiegesetz ist im Mai 2017 von 58 Prozent der Stimmbewölkerung angenommen worden. Als Folge davon hat der Bund am 16. Oktober 2017 das Übereinkommen von Paris ratifiziert, unter anderem mit folgenden Zielsetzungen: CO₂-Reduktion von minus 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990. Bis 2016 haben wir erst 11 Prozent Verminderung erreicht. Es sind noch rund 10 Jahre, in den wir die restlichen 39 Prozent erzielen müssen. Dies scheint schon fast unmöglich. Tatsache ist, dass die nationale Energie- und Klimapolitik, so wie sie der Bund initiiert hat, auf kommunaler Ebene noch gar nicht angekommen ist. Dies wird aber sehr bald passieren, weil der Druck steigt. Nicht nur von Seiten unserer Schüler/innen. Die Frage ist also, nehme wir das Heft selber in die Hand, gestalten wir selber als uns später einem starken Zwang auszusetzen? Das Energiestadtlabel wäre ein Instrument, bei dem wir selber mitgestalten können, was und wie wir es umsetzen wollen. Es unterstützt uns auf diesem Weg. Die Frage bleibt letztendlich: Was bringt es der Gemeinde, unseren Bürgerinnen und Bürgern? Letztendlich ist es ein Bekenntnis, dass wir uns auf diesen Weg begeben möchten. Wir setzen Weichen zugunsten der Generationen, die nach uns kommen. Zum anderen gibt es auch eine hohe Planungssicherheit, speziell auch bei den Bauten, die nun anstehen. Last but not least, es gibt eine Stabilität für unsere Investitionen, die wir tätigen und somit auch eine Sicherheit für die Zukunft. Von daher möchte ich diese Fragen in den Raum stellen. Goldlabel anstreben? Wir unterstützen die Motion, die eingereicht wurde.

Herr Dieter Stüssi: Es wird beantragt, dem Trägerverein Energiestadt sei beizutreten. Somit treten wir dem Verein bei? Jeder Verein hat Statuten, einen Vorstand, Mitglieder, eine Generalversammlung. Dann

hat dieser Verein doch auch solche Organ und wir hätten ein Mitspracherecht? Ich versteh dies immer noch nicht ganz.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Beim Trägerverein Energiestadt würden wir Mitglied werden und zur Generalversammlung eingeladen. Wie schon gesagt, arbeiten wir jedoch mit den Beratern zusammen. Wir streben in erster Linie dieses 50 %-Ziel an. Wenn wir es weiter schaffen, umso schöner.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Wie von Beat bereits erwähnt, ist der Erwerb des Labels Energiestadt bereits in den Legislaturzielen 2010 - 2013 erwähnt. Die SP hat in der Dezembersitzung 2011 dann auch nochmals nachgehakt. Dazumal hiess es, die personellen internen Ressourcen seien zu knapp. Nun kam der Steilpass mit den Gebäuden, zu denen dieses Thema natürlich sehr gut passt. Dort sind auch Einsparungen möglich. Man kann von dem Knowhow der vergangenen Jahr, dass gemeinsam mit den Gemeinden gesammelt wurde, profitieren, auch in Bezug darauf, was eine Investition heute an Einsparungen bis in vier oder fünf Jahren bringt. Ich konnte bei Siemens Schweiz als Energieverantwortliche ebenfalls auf solch eine Knowhow-Basis im Wirtschaftsbereich zugreifen. Man konnte dort sagen, welche Massnahmen man gerechnet haben wollte. Wir haben gesagt, wir möchten heute Fr. 120'000.-- investieren, was bringt dies uns in fünf, zehn oder 15 Jahren. Dies ist der grosse Gewinn, den man macht. Man kann vom Knowhow profitieren und dann auch Geld sparen. Dieses Label ist vom Bundesamt für Energie getragen. Es sind lange nicht alle Kosten gedeckt, die man mit dem sogenannten "Business des Labels" dann auch wieder reinholt. Das ist aus der Energiestrategie 2050 abgeleitet, dass man dies schon lange anbietet, es passt in die bereits genannten Energieziele der Schweiz. Die Aussage, dass man auch ohne Label Überprüfungen vornimmt, habe ich im Qualitäts- und im Umweltmanagement zur Genüge gehört, aber es stimmt eben nicht. Wenn man sich zu etwas verpflichtete, wird man immer wieder daran erinnert. Einmal pro Jahr kommt der Auditor. Er prüft quasi unsere Bücher und gibt Anhaltspunkte, wo noch Verbesserungen möglich sind. Ansonsten fällt es zwischen Stühle und Bänke. Von 2010 bis 2019 ist dies so geschehen. Wir sind seit 2011 und nach wie vor für dieses Label und unterstützen die Motion.

Herr Reto Bianchi: Wenn man das Goldlabel erreichen möchte. Bräuchte es hier heute eine andere Weichenstellung? Wenn ja, müsste Patrik Feusi wohl noch einen Antrag stellen.

Herr Patrik Feusi: Mit dem 1. Audit wird festgelegt, wo wir als Gemeinde stehen. Gemeinsam mit einem Berater werden Massnahmen evaluiert, die man letztendlich in den vier Jahren umsetzen sollte, damit man das Label effektiv erhält. Nehmen wir uns bereits heute das Ziel vor, bereits 75 % zu erreichen, sind wir ambitionierter in der Zielsetzung, d. h. wir strengen uns mehr an und kommen schneller vorwärts. Ich würde einen Antrag begrüssen, möchte es aber selber im Raum stehen lassen.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

1. Dem Trägerverein Energiestadt sei beizutreten und der Prozess zur Erlangung des Labels Energiestadt sei zu lancieren. Dafür sei ein Kredit von Fr. 20'000.-- abzüglich Beiträge von Kanton und Bund zu bewilligen.
2. Die Motion von Beat Spiess betreffend "Erlangung des Labels Energiestadt" sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Antrag 1 wird mit 34 : 1 Stimmen zugestimmt.

Antrag 2 wird einstimmig mit 35 : 0 Stimmen zugestimmt.

Motion von Thomas Meier, SP, betreffend Gemeindeordnung und Geschäftsreglement (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Thomas Meier reichte am 11. Dezember 2018 folgende Motion ein. Er verzichtet auf eine mündliche Begründung. Diese wurde bereits schriftlich abgefasst.

Antrag

Die Gemeindeordnung sowie das Geschäftsreglement des Einwohnerrats seien einer Überarbeitung zu unterziehen.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist die Motion erheblich erklärt (überwiesen).

Eingänge**Anfrage von Reto Bianchi, GLP, betreffend Quartiere/Quartierstrassen**

Herr Reto Bianchi reicht folgende Anfrage ein:

1. Werden auf den Quartierstrassen Bühlstrasse/Oberdorfstrasse auch Parkfelder zur Verkehrsberuhigung eingezeichnet? Was ist hier wie und wo geplant oder sind hier andere verkehrsberuhigende Massnahmen geplant?
2. Wie werden die anderen Quartiere von Buchs priorisiert? In welchem zeitlichen Horizont ist die Einzeichnung von Buchs abgeschlossen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben grundsätzlich nicht begonnen, Parkfelder zu markieren, um Verkehrsberuhigung zu betreiben, sondern um dort Ordnung zu schaffen, wo Rettungsdienste und die Kehrtafel keine Durchfahrt mehr fanden. In einer ersten Phase haben wir jene Strassen ausgewählt, die infolge Dringlichkeit priorisiert zu behandeln waren. Wir haben dieses Jahr im Schulweg und im Gebiet Obermatte weitere Orte, die wir bereinigen möchten. Diese Projekte müssen jedoch ausgeschrieben werden, es gilt ein Verfahren durchzuführen und dann kommt es zur Umsetzung. So möchten wir bei Notwendigkeit schrittweise in einzelnen Strassenzügen vorgehen. Wir haben keinen Zeitplan, wann dieses Vorgehen über die ganze Gemeinde hinweg abgeschlossen sein soll. Im Quartier Bühlstrasse/Oberdorfstrasse sind verschiedene Massnahmen in Erarbeitung. In der Einfahrt Steinfeldstrasse soll auf dem kurzen Abschnitt ein Zubringerdienst eingeführt werden, damit der Schleichweg von der Aarau-erstrasse her unattraktiv wird. Daneben läuft ein anderes Projekt: Gegen die Verkehrsmassnahmen in Göndhardquartier in Aarau haben wir vor einiger Zeit Einsprache erhoben. Nicht weil wir grundsätzlich dagegen waren, aber das Projekt war nicht mit dem Projekt Tramstrasse des Kantons abgestimmt und dieser hat nicht vorwärts gemacht. Für den öffentlichen Verkehr bedeutet dies eine Verschlechterung in den Stosszeiten. Die Stadt Aarau hat teilweise Recht bekommen, wir haben ebenfalls teilweise Recht erhalten. Die Rechtsabteilung des Baudepartements empfahl uns jedoch in diesem Zusammenhang, wir sollen es halt mit unserem Quartier auch so machen wie die Aarau-er. Führt man Zubringerdienste in solch grossräumigen Quartieren ein, ist dies mit vernünftigem Aufwand nicht kontrollierbar. Deshalb hat die Gemeinde Buchs stets darauf verzichtete, eine solche Massnahme einzuführen. Nun ist der Gemeinderat jedoch bereit, dies in Angriff zu nehmen und möchte dies ebenfalls in diesem Jahr umsetzen. Ist es erfolgreich, was für mich im Moment noch fraglich ist, könnte dies aber einen Effekt haben, der mehr bringt als partielle Massnahmen. Wir sind an verschiedenen Fronten an der Arbeit. In meiner Sprechstunden habe ich immer wieder Anwohner/innen, die den Schleichverkehr und gefährliche Situationen monieren. Deshalb bin ich froh, dass dies zur Sprache gebracht und damit publik gemacht wurde.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Postulat von Stefan Steul, SVP, Einführung Easyvote**

Herr Stefan Steul reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, die Einführung der Easyvote-Abstimmungsbroschüre für alle Buchser Stimmberechtigten zwischen 18 und 25 Jahren abzuklären und dem Einwohnerrat eine Umsetzungsvariante zu präsentieren.

Begründung: Seit Jahren besteht bei Jugendlichen ein grosses Desinteresse an der Politik. Gemäss einer Studie des gfs.bern, nahmen 70 % der 18 bis 24-jährigen Stimmberechtigten nicht teil an den eidgenössischen Wahlen 2015. Dasselbe Bild sieht man bei nationalen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen.

Hauptgrund für diese geringe Beteiligung ist, dass die Abstimmungsunterlagen zu kompliziert und unverständlich geschrieben sind. Das Abstimmungsbüchlein des Bundes ist sehr komplex und schwer verständlich. Jugendliche sollen hierbei unterstützt und einbezogen werden.

Hier hilft Easyvote! Easyvote bietet eine einfache und neutrale Abstimmungsbroschüre zu den nationalen und kantonalen Abstimmungen. Die Broschüre erklärt kurz und einfach worum es bei der Abstimmung geht. Die Neutralität wird sichergestellt durch ein Neutralitätskomitee, welches aus Jugendlichen aus der ganzen Schweiz besteht.

Aktuell beziehen über 450 Gemeinden aus der ganzen Schweiz Easyvote-Abstimmungsbroschüren. Die SVP möchte, dass auch Buchs seinen Auftrag zur politischen Bildung der Jugend wahrnimmt, und diese Broschüre allen stimmberechtigten Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren, bei allen nationalen und kantonalen Abstimmungen zusendet. Wir rechnen mit Kosten von ca. Fr. 4'000.--.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Reto Fischer, Parteilos, betreffend Entscheid der Kreisschulpflege Aarau-Buchs zur integrativen Schule in Buchs**

Herr Reto Fischer reicht folgende Anfrage ein:

Die Kreisschulpflege hat zum Thema integrative Schule in Buchs vermutlich einen Entscheid gefällt. In den strategischen Schwerpunkten der Kreisschulpflege Legislatur 2019 bis 2022 ist der Entscheid für eine integrative Schule festgelegt. Dieser Entscheid wurde 2018 gefällt, die Lehrkräfte wurden im Januar 2019 informiert. Mit der Gründung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Schulleitung und Lehrpersonen der KSAB sind die konkreten Arbeiten zur Realisierung dieses Ziels der integrativen Schule inzwischen aufgenommen worden.

Weshalb komme ich mit dieser Anfrage? Dieses Vorgehen erscheint mir, in Absprache mit Eltern und Lehrpersonen, überstürzt zu sein. Eine Evaluation verschiedener Sonderpädagogikformen hat meines Wissens nicht stattgefunden. Und der wichtigste Punkt: Im "Bericht der Ausarbeitungsphase der KSAB", der Botschaft zur Abstimmung über die Schulfusion in Buchs und Aarau, und im Bericht im Buchser Boten wird wiederholt klar dargelegt, dass das gleichzeitige Führen von integrativem und separativem System (Kleinklassen) in den Gemeinden Buchs und Aarau als Chance zu verstehen sei, Zitat aus dem oben erwähnten Bericht vom November 2016: "Die Grösse der Kreisschule Aarau-Buchs ermöglicht das parallele Führen der zwei Modelle und somit das Anbieten einer kombinierten Sonderpädagogik... das Führen des integrativen Modells und des separativen Modells wird... als Chance, vor allem aus pädagogischer Sicht gewertet. Der zukünftigen Schulführung wird die Umsetzung dieses Modells empfohlen." Der Einwohnerrat und die Stimmbürger/innen sind aufgrund der Abstimmungsunterlagen und solchen Empfehlungen davon ausgegangen, dass Buchs bei der separativen Sonderpädagogikform mit den Kleinklassen bleiben wird. Dieser Kurswechsel erstaunt mich und auch bei den Lehrkräften ist die Konsternation riesig. Darum erachte ich es als meine Pflicht, detailliert vom Gemeinderat zu erfahren, wie es zu diesem Entscheid kommen konnte:

- Wer hat den Entscheid so getroffen?
- Warum dieser plötzliche Wandel, ab von der Empfehlung der Experten?
- Wer wurde als pädagogischer Berater beigezogen?
- Auf welche Studien, welches pädagogische Konzept bezieht sich der Entscheid?
- In welcher Form wurden die Lehrkräfte der neuen Kreisschule in den Grundsatzentscheid einbezogen?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Grundsätzlich sind diese Fragen hier am falschen Platz. Dieser Beschluss wurde in der Kreisschulpflege gefällt, die für die strategische Ebene zuständig ist. Was kommuniziert wurde, ist ein Grundsatzentscheid, der sagt, die Grundhaltung sei integrativ. Wenn ich den Schulpflegepräsidenten richtig verstanden habe, ist man nun daran zu prüfen, wo es punktuell andere Lösungen braucht. Dies ist nicht ausgeschlossen und kein völliger Widerspruch zu den Aussagen, die man im Bericht gemacht hat. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, zu evaluieren, was wo notwendig und sinnvoll ist. Soviel ich weiss, werden alle Betroffenen involviert. Wie das Prozedere aufgestellt wurde und welche Fachleute involviert waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Muss ich aber als Gemeinderat auch nicht wissen. Dies ist Auftrag der Kreisschulpflege in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen. Ich bitte dich, Kreisschulräte aufzufordern, diese Fragen an der nächsten Kreisschulratssitzung zu stellen. Dann erhältst du konkretere Antworten. Auch als Einwohnerrat könnte man wohl direkt an die Kreisschulpflege diese Fragen richten. Franziska Zimmerli ist die zuständige Person in der Kreisschulpflege.

Herr Reto Fischer: Besteht die Möglichkeit, dass der Einwohnerrat als Gesamtheit eine offizielle Anfrage an die Kreisschulpflege stellt? Ich habe auch nur gehört, dass... ich kann es auch nicht definitiv sagen. Deshalb hätte ich gerne Antworten aus erster Hand.

Herr Präsident Silvan Kaufmann: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrat sieht diese Möglichkeit nicht vor. Man kann sich selber organisieren um Antworten zu erhalten wie es Anton Kleiber erwähnt hat.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Die Kreisschulpflege ist dem Kreisschulrat Rechenschaft schuldig. Dort müssen diese Fragen gestellt werden. Dann muss die Schulpflege diese Fragen auch beantworten. Alles andere ist nicht verbindlich. Es gibt sicher hier im Raum Einwohnerräte, die im Kreisschulrat sind und diese Fragen stellen können. Dies ist wohl die sinnvollste Variante.

Herr Joel Blunier: Ich melde mich als Präsident des Kreisschulrats. Wie Anton Kleiber bereits erwähnt hat, gibt es Mitglieder des Einwohnerrats, die auch im Kreisschulrat sind. Man kann uns also diese Fragen geben und wir stellen sie an der nächsten Sitzung. Nach Satzungen können auch Bürger/innen Eingaben machen im Kreisschulrat. Es ist dir Reto freigestellt, welchen Weg du gehen willst. Ich kann diese Frage auch nicht beantworten als Mitglied des Kreisschulrats. Wie der Entscheid der Exekutive zustande gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Wir (und ich als Mitglied des Präsidiums) haben Gespräche mit der Kreisschulpflege angestrebt, auch zum Thema Kommunikation und Rollenverständnis/Kompetenzen der beiden Gremien. Es handelt sich um ein neues Gebilde und es ist noch nicht alles aufeinander abgestimmt.

Herr Marc Jaisli: Ich fand die Aussagen von Anton Kleiber und Joel Blunier sehr schwammig. Ich hätte auch gerne Antworten darauf. Schliessen wir doch die Sitzung und klären dies direkt anschliessend untereinander.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 9

Verschiedenes

Informationen von Herrn Gemeinderat Walter Wyler:

Postulat von Joel Blunier "Arbeit statt Sozialhilfe"

Das Postulat kann nicht in der gewünschten Zeit beantwortet werden. Der Leiter Soziale Dienste kann momentan leider krankheitshalber nicht beansprucht werden und das Geschäft liegt deshalb still. Wir werden dies jedoch sobald als möglich weiterbearbeiten.

Diverses

Markus Notter, der Rat winkt nicht jedes Jahr alle Labels durch. Letztes Jahr hat der Einwohnerrat das Label "Natur findet Stadt" abgelehnt. Ich habe aber in der Zwischenzeit auch darauf aufmerksam gemacht, was in Buchs alles los ist. Natur findet in Buchs wohl statt. Es soll auch eher bürgermotiviert sein als behördenverordnet. Am letzten Samstag habe ich mit der grünen Partei miterlebt, wie sie einen Clean Up-Tag durchgeführt haben. Sie haben unglaublich viele Leute zusammengebracht. Christiane Suter kam mit einer Gruppe von 34 Kindern, die überall gesammelt haben - einen riesigen Haufen Abfall. Herzlichen Dank dafür!

Weiter habe ich versprochen, eine Gartenbesichtigung durchzuführen. Diese wird am 27. April an der Pilatusstrasse 2 um 14 Uhr stattfinden. Am 11. Mai findet der Pflanzentauschtag am Postweg 10 bei Silvan Kaufmann statt. So können wir weiterhin Dinge für die grünen Anliegen auf die Agenda nehmen.

Wir haben gemeinsam mit Suhr eine Jugendkommission und eine Jugendarbeit. Im Zuge dieser Einführung bestand eine grosse Jugendkommission. Nun haben wir den strategischen Teil vom operativen Teil getrennt. Wir möchten, dass jemand aus dem Einwohnerrat auf der strategischen Seite mithilft. Es geht um zwei Sitzungen pro Jahr. Ich möchte, dass sich mindestens eine Person nach der Sitzung bei mir meldet. Herzlichen Dank.

Informationen von Herrn Präsident Silvan Kaufmann:

Gemeindebeschwerde - unerlaubte Beeinflussung - Ablehnung durch Kanton

Ein Mitglied des Einwohnerrats hat gegen die Einwohnergemeinde Buchs nach der Sitzung vom 18. Oktober 2018 eine Beschwerde eingereicht. Es ging damals um die Behandlung der Motion Bärenplatz, die wir abgelehnt haben. Diese Beschwerde bezieht sich auf eine unerlaubte Einflussnahme durch den Gemeindeammann vor der eigentlichen Diskussion. Die Beschwerde wurde aber vom Kanton Aargau gestützt auf das Protokoll und die Tonbandaufnahmen abgelehnt. Die Beschwerde bekam den Charakter einer Gemeindebeschwerde. Die Begründung dazu lautet: Gemäss Geschäftsreglement darf der Gemeinderat jederzeit das Wort erhalten. In einer Debatte darf es lebhaft zugehen und harte und hitzige Auseinandersetzungen gehören zum Ratsbetrieb. Der Gemeindeammann hat nur die Haltung des Gemeinderats dargelegt. Dies sei politisch zulässig und gelte nicht als unerlaubte Beeinflussung der Meinungsbildung.

Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie der Lernenden Lena-Marie Lutz, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 3. April 2019

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Silvan Kaufmann

Sonja Büchli